

Aktuelle Debatte:

»Wieviel Demokratie braucht die moderne Dienstleistungsgesellschaft?«

Editorial

Die zur Zeit in den Gremien der Europäischen Union (EU) diskutierte Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt, die EU-Kommissar Fritz Bolkestein im Januar 2004 vorgelegt hat, soll nationale politische und rechtliche Schranken des Dienstleistungsverkehrs vollständig beseitigen. Mit diesem Richtlinienvorschlag werden die neoliberale Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der EU fortgesetzt und einmal mehr die demokratischen Institutionen auf allen Ebenen der Politik herausgefordert. Die Zukunft der westlichen Arbeitswelt liegt offenbar in den Dienstleistungen, allerdings stellt sich die Frage: »Wie viel politische Mitbestimmung braucht die moderne Dienstleistungsgesellschaft?« Die folgenden drei Debattenbeiträge befassen sich auf jeweils unterschiedlichen Ebenen mit dieser Frage und diskutieren die demokratiepolitischen Implikationen des Strukturwandels in Richtung Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vor dem Hintergrund der aktuellen EU-Politik.

Monika Feigl-Heihs (Grundlagenteam der Wiener Grünen) nimmt die kommunalpolitische Ebene in den Blick und überprüft die These, wonach Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zu einer Aushöhlung lokaler Demokratie führen. Mit dem Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft werden auch die Gewerkschaften als politische Repräsentantinnen der ArbeitnehmerInnen herausgefordert. Die Interessen der im Dienstleistungsbereich Arbeitenden erscheinen als zu heterogen, um sie unter dem gewerkschaftlichen Dach zusammenzufassen und gemeinsam politisch zu vertreten. Susanne Pernicka (Universität Wien) geht in ihrem Beitrag daher der Frage nach, »Haben Gewerkschaften als kollektive Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen ausgedient?«. Dass die Aushöhlung demokratischer Rechte auch vor den Betrieben nicht halt macht, zeigt Jörg Flecker (Forba, Wien), der aber gleichzeitig darauf verweist, dass viele Menschen ihre Machtlosigkeit nicht mehr unwidersprochen hinnehmen und Demokratieforderungen auch auf betrieblicher Ebene wieder lauter werden.

Susanne Pernicka